



## Positionen der IHK zu Leipzig zur Oberbürgermeisterwahl in Leipzig 2020

Die Stadt Leipzig hat in den vergangenen Jahren eine fulminante Entwicklung genommen, die in Deutschland ihresgleichen sucht. Leipzig gehört mit bereits wieder über 600.000 Einwohnern zu den am schnellsten wachsenden Großstädten unseres Landes.

Leipzig besitzt national und international eine hohe Attraktivität und Anziehungskraft. Weltoffenheit und Pluralismus prägen das gesellschaftliche Leben in der Messestadt – ganz im Geiste der friedlichen Revolution vor dreißig Jahren, die seinerzeit den Grundstein für das heute Erreichte legte.

Die Wirtschaft in Leipzig ist gut aufgestellt. Traditionelle und neue Branchen sind heute in Leipzig zu Hause. Große Unternehmen und vor allem die vielen mittelständischen Betriebe schaffen Wertschöpfung, Wohlstand und Arbeitsplätze vor Ort.

Schwerpunkte und Handlungsfelder für Politik und Wirtschaft haben sich jedoch auch auf der kommunalen Ebene verändert: Fachkräftesicherung statt Massenarbeitslosigkeit, Bildungschancen statt Bildungsmisere, Zuwanderung statt Fremdenfeindlichkeit, Wohnungsneubau statt Abriss, Digitalisierung statt Papier, Mobilität statt Stau, Klimaschutz statt Emissionen – die neuen Aufgaben, die vor uns liegen, sind gewaltig.

Der Strukturwandel macht auch vor der Stadt Leipzig und den hier ansässigen Unternehmen nicht halt. Umbrüche in der Automobilindustrie, Auswirkungen des Braunkohleausstiegs im Umland, Folgen von globalen Krisen. All dies erfordert Antworten, viel Geld, aber auch gute Ideen. Stärker als bisher muss es um das Gestalten gehen, nicht mehr nur um das Verwalten!

Viele Standortfaktoren liegen in kommunaler Hand. Entscheidungen müssen deshalb immer auch die unternehmerischen Belange im Blick behalten. Die Unternehmen in Leipzig generieren Steuereinnahmen in nennenswertem Umfang. Für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Stadtentwicklung ist die Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung, der privaten Wirtschaft und den Institutionen vor Ort deshalb ausgesprochen wichtig. Auch in der Außenwirkung muss Leipzig gut vermarktet werden. Dem Amt des Oberbürgermeisters kommt dafür eine Schlüsselposition zu.

Die Wahl des Leipziger Oberbürgermeisters am 2. Februar 2020 ist somit auch eine Richtungsentscheidung für die Leipziger Wirtschaft. Belange und Themen der Wirtschaft müssen von der Stadtverwaltung und dem Stadtrat ernst genommen werden und das gebotene Gehör finden. Dies gilt für die Bestandspflege ebenso wie für Neuansiedlungen.

Im Interesse der 44.500 IHK-Unternehmensstandorte und Gewerbetreibenden in Leipzig formulieren wir nachfolgend unsere Erwartungen an die zukünftige Verwaltungsspitze. Dem Oberbürgermeister oder der Oberbürgermeisterin der Stadt Leipzig stehen wir ebenso wie den Fachbürgermeistern als Partner stets konstruktiv zur Seite und freuen uns auf den gemeinsamen Dialog.

Erwartungen der IHK zu Leipzig an die zukünftige Oberbürgermeisterin oder den zukünftigen Oberbürgermeister der Stadt Leipzig:

### **Innerstädtische Mobilität und Wirtschaftsverkehr in Leipzig stärken!**

In Leipzig muss – gerade auch durch die steigende Einwohnerzahl – ein weitgehend reibungsloser und für alle Akteure verträglicher Verkehr gewährleistet werden. Alle Verkehrsträger haben hierfür ihre Daseinsberechtigung und müssen besser aufeinander abgestimmt werden. Für den Wirtschaftsverkehr ist insbesondere die Erreichbarkeit des Stadtzentrums, der Geschäftsstraßen und der Gewerbestandorte sicherzustellen. Anlieferungen und Kundenzugang müssen jederzeit möglich sein. Dazu gehört auch eine hinreichende Zahl von Kurzzeitparkplätzen im unmittelbaren Umfeld.

Dank vermehrt attraktiver Arbeitsplätze ist Leipzig zunehmend eine Pendlerstadt. Die städtische Verkehrsplanung muss Anreize und Lösungen für diese Gruppe bieten (z. B. Ausbau von P+R-Plätzen am Stadtrand), speziell dann, wenn ein politisches Ziel darin bestehen soll, für eine verstärkte Nutzung des ÖPNV zu werben.

Die Investitions- und Finanzierungsplanung Verkehr muss zur Bewältigung der Verkehrsprobleme der wachsenden Stadt rasch umgesetzt werden. Dieses Werk muss die wichtigsten Planungen und Investitionen im Bereich des gesamten Verkehrs der nächsten Jahre enthalten. Dies betrifft insbesondere die Straßeninfrastruktur, die ÖPNV-Infrastruktur, Konzepte für den Radverkehr sowie zur Umsetzung der E-Mobilität bzw. anderer alternativer Mobilitätsformen. Die dafür notwendigen Mittel sind unbedingt in den Doppelhaushalten der Stadt Leipzig 2021/2022 ff. einzustellen.

Intelligente Technologien zur Verkehrssteuerung und -verflüssigung sind auszubauen und verstärkt zur Anwendung zu bringen. Restriktionen, wie etwa Fahrspureinziehungen, Geschwindigkeitsbegrenzungen oder künstlich längere Ampelphasen an wichtigen Knotenpunkten, resultierend aus dem Lärmaktions- oder Luftreinhalteplan, sind kontraproduktiv. Ziel muss es sein, den Verkehr zu verflüssigen, statt ihn zu behindern. Fahrverbote in jeder Form werden entschieden abgelehnt!

In der Straßeninfrastruktur bedarf es weiterhin der konsequenten Umsetzung eines Ring- und Tangentensystems (auch beim ÖPNV) und der Behebung örtlicher Engpässe, um Verkehrsströme aus der Innenstadt zu verlagern und Wohngebiete zu entlasten. Der ÖPNV ist erheblich zu stärken, denn auch die Fahrgastzahlen steigen durch die wachsende Einwohnerzahl. Der Nahverkehrsplan muss deshalb verbindliche Investitionsschritte mit der erforderlichen Finanzierung fixieren. Erschließung, Taktung und Fahrzeuge müssen dem europäischen Standard einer modernen Großstadt entsprechen. Ein zweiter City-Tunnel zur Erweiterung des S-Bahn-Netzes in Ost-West-Richtung wäre folgerichtig, die Planungen dafür müssen rasch beginnen.

Keineswegs sind alle Angebote der „Sharingökonomie“ ungeprüft zuzulassen. Vor Einführung oder Erweiterung einzelner Systeme sind diese umfassend hinsichtlich ihrer Versprechen zur Verkehrsreduzierung zu evaluieren und im Austausch mit anderen Oberzentren auf ihre tatsächliche Wirksamkeit zu hinterfragen. Insbesondere darf durch sie keine Beeinträchtigung des ÖPNV oder eine Zunahme des Straßenverkehrs bzw. eine Gefährdung der übrigen Verkehrsteilnehmer eintreten.

Für das Anwohnerparken in Wohn- und Mischgebieten bedarf es neuer Konzepte, die auch die Belange der ansässigen Gewerbetreibenden angemessen berücksichtigen. Erfahrungen aus der Einführung des Anwohnerparkens im Waldstraßenviertel müssen zukünftig zwingend für eine bessere Kommunikation und einvernehmliche Abstimmung im Vorfeld geplanter Maßnahmen zwischen Verwaltung und Bürgern, respektive Gewerbetreibenden, genutzt werden.

## **Überregionale Verkehrsanbindung Leipzigs sichern und ausbauen!**

Die Stadt Leipzig muss sich auf allen politischen und fachlichen Ebenen dafür einsetzen, dass die überregionale Verkehrsanbindung der Stadt erhalten und verbessert wird. Eine dicht getaktete Fernverkehrsanbindung auf der Schiene (ICE-/IC-Verbindungen) zu allen wichtigen Wirtschaftszentren Deutschlands, die auch eine Fernverkehrsbedienung des Flughafens Leipzig/Halle einschließt, muss sichergestellt sein.

Für den Wirtschafts-, Kongress- und speziell auch den Logistikstandort Leipzig besitzt der Flughafen Leipzig/Halle und sein gewerbliches Umfeld eine herausragende Stellung. Der Flughafen muss deshalb weiter entsprechend der Anforderungen des Luftverkehrs ausgebaut werden. In diesem Kontext müssen auch Wirtschaftsinteressen in der Fluglärnkommision (Mitglied Stadt Leipzig) angemessene Berücksichtigung finden.

## **Gebühren- und Abgabenlast am Standort Leipzig reduzieren!**

Die Gebühren- und Abgabenlast ist derzeit in Deutschland insgesamt zu hoch. Dies gilt auch für Leipzig. Darunter leidet die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes sehr.

Wichtige Reformen blieben aus. Während auf der Bundesebene zuletzt vor mehr als 10 Jahren eine große Unternehmenssteuerreform angepackt wurde und auf diesem Gebiet inzwischen großer Handlungsdruck besteht, müssen auf der lokalen Ebene vor allem die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer kritisch hinterfragt werden. Sie sind wichtige Signale im Standortwettbewerb.

Um die Wirtschaft zu entlasten und private Investitionen anzuregen, ist eine Senkung der Hebesätze angebracht, unter Berücksichtigung des Haushaltsgleichgewichts. Komplette Verbote weiterer Erhöhungen der Hebesätze. Dies gilt für die Gewerbesteuer, aber auch für die Grundsteuer – und hier vor allem für die Grundsteuer B.

Bei der Grundsteuer muss zudem die kürzlich vom Bundesgesetzgeber beschlossene Neuregelung des Bewertungsrechts beachtet werden. Unabhängig davon, ob der Freistaat Sachsen vom neuen föderalen Recht Gebrauch machen wird, eine eigenständige Landesregelung umzusetzen, muss die Grundsteuerreform aufkommensneutral, das heißt ohne Mehrbelastung, für die Leipziger Wirtschaft sein. Speziell die flächenintensiven Wirtschaftszweige werden sonst zu stark beeinträchtigt. Um hier zu kompensieren, muss der kommunale Grundsteuer-Hebesatz in jedem Falle dann gesenkt werden, wenn das neue Bewertungsrecht zu Wertsteigerungen führt. Auf die Einführung einer gesonderten Grundsteuer C für baureife Grundstücke muss in Leipzig verzichtet werden. Dies schafft keine effektiven Anreize zum Wohnungsbau.

Auch die weiteren Kommunalabgaben, wie zum Beispiel die Sondernutzungsgebühren, müssen gesenkt werden sowie einfach und transparent ausgestaltet sein. Die Kalkulation der Gebühren und Abgaben ist offenzulegen.

Bei der Verwendung der Einnahmen aus der Gästetaxe müssen wirtschaftsrelevante Vorhaben (z. B. öffentliche Toiletten in der Innenstadt oder an touristischen Punkten, kostenfreies öffentliches WLAN sowie ein Wegeleitsystem) umgesetzt werden. Die tourismusrelevanten Akteure in der Stadt (Kammern, Verbände, Interessengruppen des Gastgewerbes) sind in den Prozess der Entscheidung über die Mittelverwendung einzubeziehen.

## **Ausgeglichene Kommunalhaushalte mit Vorrang für Investitionen!**

Haushaltskonsolidierung und Schuldentilgung bleiben wichtig. Auch bei schwierigen Haushaltslagen und hohem Investitionsdruck ist es zuletzt stets gelungen, den Leipziger Kommunalhaushalt auszugleichen. Dies ist anzuerkennen und muss auch zukünftig das Leitbild der Finanzplanung und Haushaltsführung sein.

Die nach Einwohnern größte Stadt Sachsens braucht weiterhin genehmigungsfähige Haushalte. Es darf nicht zu strukturellen Defiziten in der Haushaltsführung kommen, die die Investitionskraft Leipzigs einschränken und Handlungsspielräume begrenzen. Die Liquidität der Stadt muss auch in der Zukunft gesichert sein. Die Finanzierung der laufenden Verwaltung aus Kassenkrediten ist weiterhin zu vermeiden.

Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen, wie zum Beispiel das in der Vergangenheit sehr erfolgreiche Mittelstandförderprogramm der Stadt Leipzig, müssen auch für zukünftige Haushaltsaufstellungen berücksichtigt werden.

## **Kitabedarf in Leipzig decken, Schulen als Lernorte für die Zukunft entwickeln!**

Im Bereich Kinderbetreuung wurde in Leipzig viel getan. Trotz erheblicher Investitionen fehlen in Leipzig aber immer noch wohngebietsnahe Betreuungsplätze. Vor dem Hintergrund zunehmender Fachkräftengpässe muss zur Sicherung eines hohen Anteils erwerbstätiger Eltern und zur guten Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Angebot an Kita-Plätzen bedarfsgerecht sein. Dies betrifft neben den verfügbaren Plätzen auch Öffnungszeiten, Ausstattung, Personal und pädagogische Konzepte der Einrichtungen.

Auch bei den Schulen gibt es viel zu tun. Angesichts wieder steigender Schülerzahlen ist der Handlungsdruck dort größer denn je. In den Schulhausbau und in moderne Lern- und Arbeitsmittel müssen erhebliche Anstrengungen fließen. Zustand und Ausstattung vieler Schulen sind derzeit häufig mangelhaft. Lern- und Arbeitsbedingungen in den Schulen aber auch der Bauzustand (z. B. sanitäre Anlagen) müssen daher deutlich verbessert und zeitgemäß ausgestaltet werden. Der Breitbandanschluss aller Schulen muss schnellstmöglich realisiert werden, auch unter Nutzung der Mittel des Digitalpaktes des Bundes.

## **Leipziger Stadtverwaltung wirtschaftsfreundlich und modern aufstellen!**

Die Unternehmen wünschen sich in der Stadtverwaltung Ansprechpartner auf Augenhöhe. Die Wirtschafts-, Mittelstands- und Serviceorientierung in den Ämtern und Dezernaten ist dafür weiter zu stärken. Alle Verwaltungsmitarbeiter sollen durch Ausnutzung von Ermessensspielräumen und -kompetenzen sowie einer „Ermöglichungskultur“ zum Erfolg der Unternehmen in Leipzig beitragen.

Das von der IHK zu Leipzig unterstützte Projekt einer „Wirtschaftsfreundlichen Kommunalverwaltung“ muss fortgeführt und über den aktuellen Anwendungsbereich im Amt für Wirtschaftsförderung hinaus auf weitere Ämter mit Wirtschaftsrelevanz (z. B. Ordnungsamt, Amt für Bauordnung und Denkmalpflege usw.) ausgedehnt werden. Das Amt für Wirtschaftsförderung muss bei Vorgängen mit Wirtschaftsrelevanz koordinierend eingebunden sein.

Anträge und Genehmigungen für Unternehmen müssen innerhalb der Stadtverwaltung zügiger als bisher bearbeitet werden. Einheitliche Ansprechpartner sind zu schaffen und die ämterübergreifende Zusammenarbeit muss verbessert werden. Angesichts des sich weiter verknappenden Angebots an

Wohnraum und Gewerbeimmobilien sind insbesondere die Prozesse zur Erlangung von Baugenehmigungen zu beschleunigen und damit einhergehende Auflagen zu reduzieren.

Ein ganzheitliches E-Government und eine digitale Verwaltung sollten im Zeitalter der Digitalisierung Selbstverständlichkeiten sein. Jedes Unternehmen muss zu jedem Zeitpunkt wissen können, welchen Bearbeitungsstand ein Antrag oder Vorhaben aktuell hat.

Zu einer wirtschaftsfreundlichen Kommunalverwaltung gehören auch mittelstandsfreundliche Vergaben öffentlicher Aufträge. Lokale und regionale Unternehmen müssen sich in hohem Maße an Ausschreibungen beteiligen können. Die Vergabegremien der Stadt Leipzig müssen diesen Grundsatz entsprechend berücksichtigen.

### **Leipziger Kommunalwirtschaft als fairer Player im Wettbewerb!**

Die kommunalen Unternehmen in Leipzig, speziell innerhalb der L-Gruppe, müssen faire Player im Wettbewerb sein und sollen am Markt nur in den Kernbereichen der Daseinsvorsorge (z. B. in den Ver- und Entsorgungssparten, beim ÖPNV, den Netzen und der Infrastruktur) agieren. Ausweitungen der Tätigkeiten auf wettbewerbliche Geschäftsfelder sollen unterbleiben, damit die private Wirtschaft nicht beeinträchtigt wird.

Für die regionale Wirtschaft sind die kommunalen Unternehmen als Auftraggeber sehr bedeutend. Durch Ausschreibungen und Vergaben müssen entsprechende Wertschöpfungsbeiträge geschaffen werden.

Speziell die Leipziger Stadtwerke müssen ihrer besonderen Verantwortung für Versorgungssicherheit und Preisstabilität beim Bezug von Strom, Gas sowie Fernwärme durch die ortsansässige Wirtschaft gerecht werden.

### **Weitsichtige Flächen-, Infrastruktur- und Ansiedlungspolitik in Leipzig umsetzen!**

Für die Ausweitung bestehender und die Erschließung neuer Wirtschaftsstandorte sollten in ausreichendem Maße Flächen zur Verfügung stehen. Leipzig muss weiterhin auch für potenzielle Großansiedlungen die erforderlichen Flächen bereitstellen können, um bei entsprechenden Standortauswahlverfahren für den Wettbewerb mit anderen Regionen gerüstet zu sein. Dafür ist auch die IRL GmbH Leipzig weiterhin gezielt in das Standortmarketing und die Akquise von Ansiedlungen einzubeziehen und mit einer ausreichenden Mittelausstattung zu versehen. Gerade auch im Ausland muss für den Wirtschaftsstandort Leipzig geworben werden. Besonderes Augenmerk sollte weiterhin auf der Ansiedlung forschungsstarker Industrieunternehmen liegen.

Erfolgreiche Strategien für Industrieansiedlungen, wie z. B. das „Nordraumkonzept“ und die Ausweisung des „Gewerbegebietes Seehausen II“ müssen ausgebaut werden. Bei der Ausrichtung der Ansiedlungspolitik sind stets auch die verkehrliche Anbindung inklusive ÖPNV, die Möglichkeiten einer überregionalen Logistik sowie intermodaler Verknüpfungspunkte zu berücksichtigen.

Die interkommunale Zusammenarbeit mit angrenzenden Kommunen ist zu stärken. Engere Kooperation kann am Ende für alle Beteiligten vorteilhaft sein.

Alle Gewerbegebiete Leipzigs müssen an das Breitband- und Mobilfunknetz mit Übertragungsraten deutlich oberhalb von 50 Mbit/Sekunde beim Breitband bzw. perspektivisch mit dem 5G-Standard beim Mobilfunk angeschlossen sein.

## **Wirtschaft und Wissenschaft in Leipzig noch stärker vernetzen!**

Die Potenziale des Wissenschaftsstandortes Leipzig sollten strategisch ausgebaut und auf nationaler und internationaler Ebene noch effektiver als Wirtschafts- und Standortfaktor vermarktet werden. Kooperationen mit der Wirtschaft sollten noch stärker ausgebaut werden. Die Zusammenarbeit mit den Hochschulen sollte auch darauf gerichtet sein, den akademischen Nachwuchs für die regionale Wirtschaft zu sichern.

Aktivitäten zum Zusammenbringen von Wirtschafts- und Wissenschaftspartnern sind besser unter den Akteuren (z. B. Stadtverwaltung, Kammern, Transfergesellschaften) zu koordinieren und entsprechend zu bündeln.

## **Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit in Leipzig effektiv verbessern!**

Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit in Leipzig lassen teilweise sehr zu wünschen übrig. Vor allem an Schwerpunktbereichen (Hauptbahnhof, Innenstadt, Einkaufsstraßen und Magistralen usw.) sind Verbesserungen dringend geboten. Die Stadtverwaltung muss vor allem in Zusammenarbeit mit der Polizei Maßnahmen zum besseren Schutz vor Raubüberfällen, Ladendiebstählen, illegalen Graffiti, aggressivem Betteln, illegalen Abfallentsorgungen, Drogenhandel, vandalistischen Anschlägen usw. ergreifen, um ein ansprechendes Erscheinungsbild und subjektives Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum zu gewährleisten. Die IHK zu Leipzig als Mitglied der Sicherheitspartnerschaft zwischen Kammern und Polizei wird diese Bemühungen weiterhin unterstützen.

Ferner bedarf es einer regelmäßigen Straßenreinigung und Kontrollen. Für Fahrräder müssen im gesamten Stadtgebiet genügend gesicherte Abstellmöglichkeiten (Fahrradbügel) vorhanden sein, ohne dass es hierbei Nutzungskonflikte mit Liefer- und Ladezonen sowie Sondernutzungen (z. B. Freisitze) gibt.

*Beschlossen von der Vollversammlung der IHK zu Leipzig am 10. Dezember 2019*